

Man weiß wenig über die ostdeutschen Eliten, wenig über ihre soziale Herkunft, ihre Ziele und die Unterschiede zu den Eliten der alten Bundesrepublik. „Elite“ steht dabei nicht als Synonym für moralische Vorbilder oder für diejenigen, die auf irgendeinem Gebiet besondere Leistungen zeigen. Gemeint ist der Personenkreis, der in der Sprache der Sozialwissenschaften als Funktions- oder Positionselite bezeichnet wird, also diejenigen, die aufgrund ihrer Stellung in der Politik, den Medien, der Verwaltung, der Justiz und der Wirtschaft Macht ausüben, weil sie Entscheidungen treffen können, die für breite Bevölkerungskreise Konsequenzen haben.

Die Eliten des Ostens unterscheiden sich stark von den westdeutschen Eliten. Das wundert nicht. Schließlich sind die historischen Bedingungen, durch die Eliten entstehen, andere. Im Westen Deutschlands gibt es etablierte Karrieremuster; man muss in der Regel als Grundvoraussetzung BWL studiert haben, um zum Manager eines Unternehmens aufzusteigen; und wenn man Karriere in der Politik machen will, muss man sich meistens über Jahre, wenn nicht gar über Jahrzehnte in seiner Partei bewährt haben. In Ostdeutschland haben sich diese Muster nicht ausbilden können. Das hängt natürlich damit zusammen, dass die ostdeutsche Gesellschaft eine Gesellschaft des Übergangs ist. Die alten, staatlich vorgegebenen Werte und Normen sind mit dem Zusammenbruch von SED und DDR von einem Tag auf den

anderen entwertet worden – und damit auch die Wege der Elitebildung –, während sich das Neue noch nicht richtig etabliert hat und unklar ist, wie dieses Neue denn eigentlich aussieht.

Seiteneinsteiger als Gewinner

Man kann heute drei Typen von Eliten im Osten ausmachen. Da ist zum einen die Gruppe der Seiteneinsteiger. In der DDR hatten sie in unpolitischen Bereichen gearbeitet: Ihre Berufe waren Arzt, Naturwissenschaftler und besonders häufig Ingenieur. Ein Zufall war diese Berufswahl nicht. Denn es sind genau diejenigen Berufe, die sich am schwierigsten politisch-ideologisch vereinnahmen lassen. Mathematische Formeln etwa haben in jedem politischen System ihre unverrückbare Gültigkeit, auch im Marxismus-Leninismus. Eine SED-Mitgliedschaft war nicht nötig in diesen Berufen. Das machte diese Berufe attraktiv für diejenigen, die der SED-Ideologie – oft aufgrund ihrer bürgerlichen Herkunft – skeptisch gegenüberstanden. Sie konnten in ihren Berufen in Grenzen Karriere machen. Zwar war der Weg nach ganz oben verschlossen – dazu fehlte das SED-Parteibuch –, aber doch war es für sie möglich, Leitungsfunktionen in der Provinz oder auf nachgeordneten Ebenen einzunehmen. Technik und Naturwissenschaften waren in der DDR sehr anerkannt, und die DDR-Führung benötigte für den Aufbau ihrer Kombinate und für öffentliche Einrichtungen ihr Know-how. Dieser Hintergrund machte sie zu den ostdeutschen

Gewinnern der Wende. Politisch waren sie nicht diskreditiert; gleichzeitig konnten sie auf Führungserfahrungen in ihrem anspruchsvollen Beruf zurückgreifen, die sie im neuen System gut gebrauchen konnten. Das Wichtigste vielleicht: Sie gingen ohne nachhaltige Beschädigungen aus einer Diktatur hervor, denn schließlich waren sie wichtige und umworbene Spezialisten in der DDR.

Es ist aber nicht so, dass sie entschlossen und machtbewusst die vielen neuen Möglichkeiten ergriffen hätten, die sich nach der friedlichen Revolution boten. Vielmehr fiel ihnen gleichsam automatisch die Rolle zu, das entstandene personelle Vakuum an Eliten nach dem Abgang der SED-Kader zu füllen. Allein vier der fünf aktuellen ostdeutschen Ministerpräsidenten haben diesen Werdegang durchlaufen: Harald Ringstorff aus Mecklenburg-Vorpommern war als Chemiker im Betrieb eines Werftkombinats zuständig für Schiffsfarben, Wolfgang Böhmer aus Sachsen-Anhalt arbeitete als Gynäkologe und Chefarzt, Dieter Althaus aus Thüringen als Lehrer für Mathematik und Physik und schließlich Matthias Platzeck aus Brandenburg, der als Kybernetik-Ingenieur Leiter einer Hygieneinspektion in Potsdam und vorher technischer Direktor eines Krankenhauses war.

Westdeutsche Importkräfte

Die zweite Gruppe, die im Osten Deutschlands Führungspositionen einnimmt, ist die Gruppe der westdeutschen Aufbauhelfer. Nachdem in den neuen Ländern ab 1990 binnen weniger Jahre das Modell West kopiert und hochgezogen worden war – von den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, den Oberlandesgerichten bis hin zur Verwaltungsstruktur –, bestand ein gewaltiger Bedarf an Personal, das sich in dieser Struktur auch auskannte und qualifiziert war. Allerdings haben fachliche Aspekte in vielen Fällen nur eine untergeordnete

Rolle gespielt. Die Wiedervereinigung war auch eine willkommene Gelegenheit für die alte Bundesrepublik, unliebsam gewordenen oder schlicht überflüssiges Personal loszuwerden, und es war für westdeutsche Karriere-Netzwerke eine gute Gelegenheit, ihren Einfluss zu erweitern. So zum Beispiel beim Mitteldeutschen Rundfunk, der zu großen Teilen mit Personal des Bayerischen Rundfunks besetzt wurde, oder etwa bei den Ministerien in Mecklenburg-Vorpommern, in denen viele Mitarbeiter aus dem Umfeld des ehemaligen Kieler Ministerpräsidenten Uwe Barschel eine zweite unverhoffte Karriere als Beamte starten konnten.

Es heißt oft: Der Herbst 1989 war eben eine Revolution, und Revolutionen zögen einen kompletten Elitenwechsel nach sich. Die Eliten des Ancien Régime seien zwangsläufig die Verlierer einer jeden Revolution. Das ist aus zweierlei Gründen nicht ganz richtig. Revolutionen bedeuten nicht zwangsläufig einen kompletten Elitenwechsel, das war bei der Französischen Revolution nicht der Fall und auch nicht bei der deutschen Revolution 1918/19. Zweitens wurde der eigentliche Elitenwechsel in der DDR nicht durch den Revolutionsherbst ausgelöst. In der Phase der Revolution von Herbst 1989 bis Frühjahr 1990 wurde die SED als Partei entmachtet – vom Zentralkomitee bis hinunter zu den Kreisleitungen. Auf der staatlichen Ebene aber, also bei den Ministerien etwa, bei den Kommunalverwaltungen oder bei Instituten, wurden, wenn überhaupt, nur die obersten Spitzen ausgetauscht. Man denke da an den letzten DDR-Verteidigungsminister Reiner Eppelmann, einen prominenten Bürgerrechtler, der Chef einer personell so gut wie unveränderten Nationalen Volksarmee wurde. Erst in der zweiten Phase des Systemumbruchs – in der Phase der Annäherung an die Bundesrepublik, die schließlich in die Wiedervereinigung

mündete – wurde das Elitenpersonal der untergehenden DDR insgesamt abgesetzt. In dieser Phase erst kamen die westdeutschen Aufbauhelfer zum Zuge. Die alte Bundesrepublik konnte sich als Sieger der Geschichte fühlen und hatte in der Personalpolitik entsprechend das Sagen. Das führte dazu, dass eben nicht nur dringend benötigtes Fachpersonal aus dem Westen kam, sondern dass sämtliche Abteilungsleiterposten in den Ministerien und nahezu jede beliebige Chefposition selbst nachrangiger Behörden mit Westdeutschen besetzt wurden.

Ehemalige SED-Kader

Der dritte Typ ostdeutscher Eliten mag zunächst überraschen. Denn er beruht auf dem Erbe ebenjener SED, die 1989 entmachtet wurde. Auf den zweiten Blick wundert es aber weniger. Die SED hatte bis zu 2,3 Millionen Mitglieder und Kandidaten und 340 000 Nomenklaturkader in einem kleinen Land von sechzehn bis siebzehn Millionen Menschen. Natürlich ist nicht jeder ihrer Kader in Frührente gegangen oder musste sich in der freien Wirtschaft durchschlagen.

Es gibt zwei gesellschaftlich relevante Felder, auf denen ehemalige Kader Einfluss halten konnten: zum einen in der PDS – jetzt die Linke –, die in Ostdeutschland ein wichtiger politischer Faktor ist. Sie hält in den Kommunen und auf Länderebene eine beträchtliche Anzahl von Mandaten und Ämtern; in Mecklenburg-Vorpommern war sie lange Zeit Regierungspartei, in Berlin ist sie es aktuell; und in den restlichen östlichen Bundesländern ist sie immerhin größte Oppositionspartei. Natürlich ist die Linke nicht mehr gleichzusetzen mit der SED von 1989. Bemerkenswert sind aber die personellen Kontinuitäten. Auf der Funktionärebene – abseits der prominenten Figuren Lothar Bisky und Gregor Gysi – dominiert der Typus des SED-Nachwuchsfunktionärs. Vor der Wende hatte er in der zweiten oder

dritten Reihe bereits Leitungspositionen eingenommen. Als die DDR zusammenbrach, war er noch jung und flexibel genug, um sich auf die geänderten Verhältnisse einzustellen, aber schon alt genug, um Organisationserfahrung mitzubringen. Die Linkspartei ist politische Heimat und nicht zuletzt einer der wenigen Orte, wo für ihn heutzutage eine bezahlte politische Tätigkeit möglich ist – ehemalige SED-Funktionäre haben praktisch keine Chance auf Zugang in den öffentlichen Dienst. Der zweite Bereich ist noch bemerkenswerter, weil er nicht so bekannt ist. Die Regionalzeitungen in den neuen Ländern waren früher die Parteizeitungen der SED und deren Journalisten die Agitatoren und Propagandisten der Partei. Anders als etwa das Fernsehen der DDR wurden die Zeitungen nicht abgewickelt. Die Eigentümer und auch die Chefredakteure haben natürlich gewechselt, aber darunter ist das Personal in großen Teilen immer noch identisch, mehr noch: Die ehemaligen SED-Zeitungen dienten nach der Wende häufig als Auffangbecken für die Beschäftigten der sich auflösenden Parteiapparate der SED. Die Regionalzeitungen sind deshalb von Bedeutung, weil sie zum einen über ein fast vollständiges Pressemonopol verfügen und zum anderen überregionale Zeitungen in Ostdeutschland so gut wie keine Rolle spielen.

Das also sind die Eliten des Ostens und ihre soziale Struktur. Inwieweit besteht nun ein Zusammenhang zu der Lethargie in den neuen Ländern? Natürlich gibt es Rahmenbedingungen, die auch die ostdeutschen Eliten nicht ändern können: Zum einen ist es der Bund, der diese Rahmenbedingungen setzt. Zum anderen hat die anhaltend schwierige wirtschaftliche Lage in den neuen Ländern natürlich ihren Hauptgrund in den anderen, schlechteren historischen Voraussetzungen. Ostdeutschland hat das Erbe von vierzig Jahren Planwirtschaft zu tragen. Innerhalb dieses Rahmens aber haben die

Eliten beträchtliche Gestaltungsmöglichkeiten. Landesregierungen stellen wirtschaftspolitische Weichen und können Schwerpunkte setzen. Was alle Eliten miteinander vereint, ist die Möglichkeit, Richtungen anzubieten, Perspektiven zu vermitteln und nicht zuletzt Klima und Ton einer Gesellschaft zu prägen. Denn die Krise macht sich nicht nur an der wirtschaftlichen Lage fest. Mindestens ebenso wichtig ist die Tatsache, dass die ostdeutsche Gesellschaft eine stille Gesellschaft ist. Latente Konflikte werden nicht ausgetragen und drängende Fragen nicht gelöst: Wie gehen wir mit dem Phänomen des Schrumpfens um, vor allem mit der Tatsache, dass die Bevölkerung teilweise dramatisch zurückgeht? Wie gehen wir mit unserer Vergangenheit um? Das Erbe des SED-Staates ist noch lange nicht bewältigt, davon zeugen die regelmäßig wiederkehrenden Stasi-Debatten, die bezeichnenderweise mehr in der überregionalen Presse und kaum im Osten selbst Widerhall finden.

Die Krise des Ostens macht sich außerdem daran fest, dass die Region bis heute ihre Rolle in Deutschland nicht gefunden hat. Bei allen relevanten Diskursen und Themen ist die alte Bundesrepublik unter sich: von der Wirtschaftspolitik über die regelmäßig wiederkehrenden NS-Debatten – siehe Günter Grass' Waffen-SS-Bekenntnis – bis hin zur Familienpolitik. Wenn etwa Bundespolitik und Medien die Öffentlichkeit wochenlang mit Diskussionen darüber quälen, ob die flächendeckende Einführung von Kindertagesstätten aus Frauen Rabenmütter macht oder nicht, hätte der Osten des Landes einmal kühl einwerfen können, dass die Kitas nur ein Angebot sind und die Eltern keineswegs gezwungen sind, ihre Kinder dorthin zu geben, und dass außerdem das angeblich bedrohte Hausfrauenmodell bereits auf verschiedene Weise, wie etwa durch das Ehegattensplitting, großzügig gestützt wird. Der Osten hat, nicht nur

was die Rolle der Frau angeht, andere Erfahrungshintergründe, die das vereinigte Deutschland gut gebrauchen könnte. Aber die Eliten, die Sprachrohre des Ostens, schweigen. Es ist zu vermuten, dass die mangelnde Akzeptanz der Bundesrepublik und ihrer Institutionen in den neuen Ländern auch damit zu tun hat, dass ihre Bürger das Gefühl haben, im vereinigten Deutschland keine Rolle zu spielen, nicht gehört zu werden. Die Zahlen, die die Demoskopien messen, sind seit Jahren konstant: Um zwanzig Prozentpunkte liegt die Zufriedenheit mit dem bundesdeutschen System unter den Werten in der alten Bundesrepublik.

Keine Visionen

Wenn man sich die drei Elitengruppen ansieht – die Seiteneinsteiger, die SED-Nachwuchskader, die westdeutschen Importkräfte –, dann fällt natürlich auf, wie unterschiedlich deren Prägungen sind. Es sind nicht nur drei Gruppen, sondern auch drei verschiedene Kulturen an Eliten. Interessanterweise eint sie ein gemeinsamer Nenner. Sie harren mehr auf ihren Positionen aus, als dass sie sie aktiv nutzen. Sie verwalten den Status quo, wissen nicht so recht, was ihre Ziele sind. Visionen haben sie meist keine.

Die Bezirksbürgermeisterin von Berlin-Lichtenberg etwa beschleicht jedes Mal ein schlechtes Gefühl, wenn sie vor ihrem Rathaus Schwarz-Rot-Gold hissen lassen muss. Sie empfindet die Fahne nicht als ihre Fahne, denn sie hat, wie sie sagt, ihren Frieden mit dieser Bundesrepublik nicht gefunden. In der DDR war sie einst eine hohe Funktionärin des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB). Die Bürgermeisterin ist typisch für die Politiker der Linkspartei, die noch von der SED geprägt wurden. Sie sind keinesfalls Revolutionäre, die die Bundesrepublik umstürzen wollen. Sie sind Funktionäre – das waren sie schon in der DDR –, und so funktionieren sie nach

außen hin auch in dieser Bundesrepublik. Aber tatsächlich betrachten sie die Bundesrepublik mit großer Distanz. Entsprechend gering ist ihre Neigung ausgeprägt, das Gemeinwesen wirklich voranzubringen. Der Innenminister Thüringens ist ein typischer westdeutscher „Aufbauhelfer“. Bis heute pendelt er wöchentlich von seiner hessischen Heimat nach Erfurt; er ist ein Fremdkörper in Thüringen und bis heute dort nicht „angekommen“. Eigentlich wäre er gern wieder gänzlich zu Hause. Er übt sein Amt wie auf Abruf aus. Der „Seiteneinsteiger“ Wolfgang Böhmer, Ministerpräsident Sachsen-Anhalts, ist ein feinsinniger Mann, ein Mediziner alter Schule, humanistisch gebildet. Ministerpräsident wollte er indes nie werden. Er wurde mehr überredet, als dass er sich selbst darum bemüht hätte. Heute verwaltet er sein Land mehr, anstatt es zu regieren. Wann immer Konflikte in seinem Land auftauchen, wenn etwa wieder Rechts-extreme für negative Schlagzeilen sorgen oder eine Stasi-Enthüllung das Land aufregt, benutzt Böhmer eine für ihn typische Formel: „Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass ...“ Besser kann ein Unwillen, sich den Problemen und unangenehmen Ereignissen zu stellen, nicht ausgedrückt werden.

Stillhalten statt Wettbewerb

Eine Sonderstellung nehmen die Eliten der Wirtschaft ein. Die wenigen großen Unternehmen werden in aller Regel von tatkräftigen und fähigen Managern geführt. Zufallsbesetzungen können sich die Unternehmen angesichts harten Wettbewerbs gar nicht erlauben. Der Punkt ist, dass die Wirtschaftsmanager des Ostens ihre Aufmerksamkeit nahezu komplett nach innen gerichtet haben. Ihre Unternehmen ähneln Raumschiffen. Historisch gewachsene Verbindungen, gar Loyalitäten mit der Umgebung gibt es kaum. Verantwortung für die Region

definieren die Manager eng. Ihr gesellschaftliches Engagement über die Werkstohre hinaus ist begrenzt. Das hat zum einen mit der im Vergleich zum Westen schwierigen Ertragslage zu tun. Wenn der Markt umkämpft ist, konzentrieren sich Manager auf das Wesentliche. Zum anderen liegt es an der Besitzstruktur. Die großen Unternehmen sind fast ausschließlich Dependancen westdeutscher oder ausländischer Konzerne, und ihnen fühlen sie sich natürlich verantwortlich. Die Manager können von ihren Positionen jederzeit abgerufen werden. Die Tragik dabei ist, dass es gerade im Land des ehemaligen Kombiatssozialismus nötig wäre, die Anforderungen heutiger Unternehmen zu erklären und mit der Gesellschaft ringsum in Kontakt zu treten.

Die Eliten des Ostens kennzeichnet eine merkwürdige Unbehaustheit auf ihren Positionen. Sie haben Macht, aber mit ihrer Macht wissen sie nur wenig anzufangen. Nun könnte man wenigstens meinen, dass die Vielfalt an Biografien zu einer Vielfalt an Meinungen und Positionen führen würde, zu einer fruchtbaren Streitkultur. Das ist mitnichten so. Konfliktscheu dominiert. Man wolle die öffentlichen Angelegenheiten gemeinsam und sachlich lösen, heißt es immer wieder. Nur gibt es in einer Demokratie nicht den einen, vernünftigen Weg. Demokratie lebt vom offenen Austragen von Gegensätzen. Doch statt Wettbewerb und gegenseitiger Kontrolle dominiert der imaginäre große Strang, an dem möglichst alle gemeinsam ziehen sollen. Und so reden ostdeutsche Politiker nicht über das Nachwende-Karriereglück so mancher zugereister Westdeutscher, und diese reden genauso wenig über die zweite Karriere der SED-Nachwuchsfunktionäre. Die ostdeutschen Eliten als Stillhaltegemeinschaft. Das Stillhalten ist im Grunde genommen sogar verständlich. Ein funktionierender Wettbewerb um Elitepositionen findet nicht statt. Es

ist Platz für alle da. Die Parteien zum Beispiel sind froh über jeden, der überhaupt bereit ist, Verantwortung zu übernehmen. Die Suche nach geeigneten Kandidaten auch für wichtige Ämter gerät regelmäßig zu einer Farce.

Suche nach Auswegen

Der Beschreibung des Zustandes der ostdeutschen Eliten klingt deprimierend. Gibt es Auswege? Durchaus. Die ostdeutschen Bundesländer sind *erstens* zu klein, um auf Dauer bestehen zu können. Bei weniger, aber dafür größeren Bundesländern gebe es weniger Posten auf der Elitenzebene zu verteilen. Die größere Konkurrenz um weniger Stellen würde der Qualität des Personals guttun. Dabei müssten die neuen Ländergrenzen gar nicht entlang des ehemaligen Eisernen Vorhangs verlaufen, denn schließlich haben Hessen und Thüringen historisch mehr miteinander gemein, als es Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern tun. Ost und West in sich vereinigende Länder würden den Effekt nach sich ziehen, dass beliebige Themen nicht mehr penetrant entlang einer Ost-West-Konfliktlinie diskutiert würden.

Zweitens liegen in der dünnen Elitenschicht durchaus Chancen. In den neuen Ländern ist die Überzeugung stark verbreitet, dass „die da oben“ sowieso machen, was sie wollen. Parteien werden als abgekoppelte Machtmaschinen wahrgenommen. Es ist ein Missverständnis: In keiner anderen Region in Deutschland wäre es so leicht, Einfluss zu nehmen, wie hier – gerade weil bislang so wenige bereit sind, aktiv zu werden. Die SPD in Mecklenburg-Vorpommern etwa, immerhin eine Regierungspartei, die den Ministerpräsidenten stellt, muss mit gerade einmal 2800 Mitgliedern auskommen. Interessierte werden dankbar aufgenommen.

Drittens sollten sich gerade die Jüngeren mehr trauen. Es ist ja nicht so, dass

alle gut Ausgebildeten der jüngeren Generation in den Westen gezogen sind. Besonders in den Universitätsstädten sieht es keineswegs so dramatisch wie in Vorpommern aus. Dabei ginge es auch, aber nicht nur darum, den Älteren Posten streitig zu machen. Vielmehr ginge es in erster Linie darum, an die Eliten die nötigen kritischen Fragen zu richten. Nötig wäre ein offenes Diskussionsklima, das eine ehrliche Debatte über die Zukunftsaussichten des Ostens erlaubt. Bis heute machen die Landespolitiker gern unrealistische Versprechungen, was Wachstum und Wohlstand angeht. Der Westen wird zum allein gültigen Maßstab erhoben. Dabei ist längst deutlich, dass die ostdeutsche Gesellschaft weniger mit Wachstum, als mit Schrumpfung konfrontiert ist. Nicht nur die Bevölkerung insgesamt, sondern auch die Geburtenzahl geht zurück, die Zahl der Arbeitsplätze stagniert zumindest, und das zu verteilende Geld aus Solidarpaktmitteln wird weniger werden. Angesichts dessen ist eine wirkliche Konzentration der Politik auf wenige Felder die einzige Chance. Bis heute aber verzetteln sich die Landespolitiker, weil sie zu viel wollen, mit der Folge, dass ihnen nichts richtig gelingt.

Mecklenburg-Vorpommern zum Beispiel war immer ein strukturschwaches Land. Aber es besitzt zwei alte Universitäten, Greifswald und Rostock, die allerdings zuletzt stark sparen mussten. Warum macht das Land nicht das Gegenteil und investiert das wenige überhaupt noch zur freien Verfügung stehende Geld in die Hochschulbildung und verzichtet darauf, weiter unrealistischerweise auf die Ansiedlung klassischer Industrien zu setzen und Straßen in entvölkerte Landstriche zu bauen? Bildung, heißt es immer wieder und das zu Recht, sei die Schlüsselresource des einundzwanzigsten Jahrhunderts. Es wäre eine selbstbewusste Vision, die das Bundesland und der Osten insgesamt dringend nötig hätten.